

Antrag

Hannover, den 11.11.2025

Fraktion der CDU

Bezahlbare Lebensmittel für alle - hohe Lebensmittelpreise durch eine angebotsorientierte Agrarpolitik senken!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Krisen der letzten Jahre, allen voran die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine, haben deutlich gemacht, dass eine ausreichende und verlässliche Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln keine Selbstverständlichkeit ist. Auf globaler Ebene ist dies keine neue Erkenntnis. Zwischen der Entwicklung der Lebensmittelpreise und der Zahl der hungernden und mangelernährten Menschen auf dieser Welt besteht ein enger Zusammenhang.¹ Tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse sowie durch kriegerische Ereignisse ausgelöste Unterbrechungen der Lieferketten gefährden die Ernährungssicherheit insbesondere in afrikanischen sowie südostasiatischen Ländern.²

In Deutschland hat die Entwicklung der Lebensmittelpreise in den vergangenen Jahren zu den Haupttreibern der Inflation gehört. So weist das Statistische Bundesamt für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2024 einen Anstieg der Lebensmittelpreise um rund ein Drittel aus. Bei einigen Grundnahrungsmitteln lag der Preisanstieg sogar noch deutlich höher, so u. a. bei Speisefetten und -ölen (54 %), bei Mehl (48 %) sowie bei Käse und Quark (46 %).³

Der starke Preisanstieg bei Lebensmitteln hat erhebliche soziale Auswirkungen. Nach einer Studie im Auftrag des HDE Handelsverband Deutschland lag im Mai 2023 der Anteil der Menschen, die Angst haben, mit dem Geld nicht auszukommen, bei 27 %; bei einem Nettohaushaltseinkommen unter 2 000 Euro betrug der Anteil sogar 45 % und bei Alleinerziehenden 38 %. Und 59 % der Menschen flößt die Preisentwicklung Angst ein; bei Menschen mit einem Haushaltseinkommen unter 2 000 Euro sind es 69 %.⁴

Die Lebensmittelpreise sind damit in Deutschland wieder zu einer sozialen Frage geworden. Bereits 2022 konnten sich nach auf Eurostat-Daten basierenden Angaben des Redaktionsnetzwerks Deutschland 11,4 % der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht mindestens jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Alternative leisten. Bei Alleinerziehenden mit Kindern waren es 19,3 % (2021: 16,7 %).⁵ Für Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen wird eine gesunde Ernährung zunehmend unerschwinglich; die Gefahr von

¹ Vgl. <https://www.welthungerhilfe.de/hunger/lebensmittelpreisanstieg-hunger>.

² Vgl. Glauben, T./Svanidze, M.: Globaler Agrarhandel: robustes Sicherheitsnetz zur Reduktion von Hungererisiken in Krisenzeiten. In: Wirtschaftsdienst 103 (7), 2023, S. 491-497; <https://www.welthungerhilfe.de/welternahrung/rubriken/agrar-ernaehrungspolitik/wie-der-ukrainekrieg-afrikas-brotversorgung-trifft>.

³ Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Tabellen/sonderauswertung-nahrungsmittel.html>.

⁴ Vgl. Handelsverband Deutschland – HDE e.V. (Hrsg.): Konsummonitor Preise. 3. Aufl., Berlin 2023.

⁵ Vgl. <https://www.rnd.de/politik/teure-lebensmittel-11-prozent-der-deutschen-koennen-sich-nicht-alle-zwei-tage-fleisch-oder-fisch-MZTTXQ43QZCJL22YLYS35PRRY.html>.

Fehl- und Mangelernährung wächst.⁶ Viele ältere Menschen sind finanziell überfordert, wie die wachsende Zahl der Privatinsolvenzen zeigt.⁷ In Umfragen vor der Bundestagswahl 2025 wurden die Lebensmittelpreise als der Bereich genannt, in dem Kostensteigerungen am stärksten zu spüren seien.⁸

Wie bei allen Gütern, wird bei Lebensmitteln die Preisentwicklung durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Steigende Lebensmittelpreise sind ein Zeichen dafür, dass die Nachfrage nach Agrarprodukten das Angebot übersteigt. Da Essen lebensnotwendig ist, ist die Nachfrage nach Lebensmitteln relativ unelastisch und geht auch bei einem starken Preisanstieg nur unterproportional zurück.⁹ Auf kurze Sicht wird deshalb das Angebot zur bestimmenden Größe der Preisentwicklung.

Der Landtag stellt vor diesem Hintergrund fest, dass

- die landwirtschaftliche Produktion in Niedersachsen ein unverzichtbarer Teil für die Lebensmittelsicherheit in Niedersachsen und Deutschland ist,
- die heimische Lebensmittelproduktion einen hohen Stellenwert besitzt, da sie mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen untrennbar verbunden ist und zugleich die Grundlage für Deutschlands Unabhängigkeit in Krisenzeiten, für die wirtschaftliche Prosperität der ländlichen Räume, das Wohlergehen der Menschen und den sozialen Frieden in unserem Land bildet,
- eine starke heimische Nahrungsmittelproduktion die Grundlage für die sichere Versorgung der Menschen mit bezahlbaren Lebensmitteln bildet,
- Niedersachsen eine Mitverantwortung für die heimische ebenso wie für die weltweite Nahrungsmittelversorgung trägt und damit einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung im In- und Ausland leistet.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. durch eine angebotsorientierte Agrarpolitik zu Lebensmittelpreisen beizutragen, die wieder für alle Bevölkerungsschichten bezahlbar sind,
2. sich auf Ebene der Europäischen Union und des Bundes für eine Neubewertung des Stellenwerts der Lebensmittelproduktion sowie eine Neugestaltung des agrar- und umweltrechtlichen Rahmens einzusetzen, die der gestiegenen Bedeutung der Versorgung der Menschen mit bezahlbaren Lebensmitteln Rechnung tragen, und auch das eigene Handeln daran auszurichten,
3. die Angebotsbedingungen für die Landwirtschaft fundamental zu verbessern, indem sie mit Nachdruck dafür eintritt, dass
 - a) die landwirtschaftlichen Betriebe konsequent von bürokratischen Lasten im Bereich des Agrar-, Förder- und Umweltrechts befreit und dadurch die Voraussetzungen für eine vorrangige Ausrichtung der Betriebe auf die Erzeugung von Nahrungsmitteln geschaffen werden,
 - b) ein Belastungsmoratorium in Kraft tritt und auf neue ordnungsrechtliche Vorgaben für die Landwirtschaft verzichtet wird,
 - c) wieder deutlich größere unternehmerische Freiräume für Landwirtinnen und Landwirte geschaffen werden, indem eine erheblich stärkere Zielorientierung der Agrarpolitik und attraktive Anreize die bislang dominierende regulatorische Feinsteuerung betrieblichen Handelns ersetzen,

⁶ So U. Köpcke, Präsidentin des Verbands der Diätassistenten – Deutscher Bundesverband e.V. (VDD), im „Trendreport Ernährung 2023“, <https://www.zhaw.ch/storage/lsfm/institute-zentren/ilgi/ernaehrung/2023-ilgi-trendreport-ernaehrung.pdf>.

⁷ Vgl. Ebner, C.: Steigende Kosten überfordern viele Ältere. In: Göttinger Tageblatt v. 01.03.2025, S. 8.

⁸ Vgl. Doebele, K.: Was die Niedersachsen bewegt - und was sie erwarten. In: Göttinger Tageblatt v. 17.02.2025, S. 8.

⁹ Vgl. Schmitz, S.M.: Nachfrageanalyse, Economies of Scale und Preisdifferenzierung im deutschen Lebensmitteleinzelhandel. Diss. Universität Kiel 2007.

- d) komplizierte und wenig praxisnahe Regelungen unter anderem im Dünge- und Pflanzenschutzrecht konsequent unter Orientierung an der guten fachlichen Praxis und der Umsetzbarkeit im betrieblichen Alltag überprüft und gegebenenfalls umfassend verändert oder vollständig abgeschafft werden,
 - e) landwirtschaftlichen Betrieben erheblich mehr Planungssicherheit gegeben wird, Genehmigungsverfahren deutlich entschlackt und beschleunigt sowie Investitionsbremsen im Bau- und Immissionsrecht sowie anderen Rechtsbereichen gelöst werden,
 - f) agrarpolitische Neuerungen umgesetzt werden, die die Voraussetzungen dafür schaffen, dass neben der Produktion von Nahrungsmitteln auch Umwelt-, Klima- und Tierschutz ökonomisch attraktive Betriebszweige darstellen können und bislang in ökonomischer Hinsicht bestehende Zielkonflikte dadurch aufgelöst werden,
4. den Entscheidungen und dem Handeln der Landwirtinnen und Landwirte wieder mehr Vertrauen entgegenzubringen und den förder- und ordnungsrechtlichen Rahmen entsprechend umzugestalten,
5. sich auf Ebene der Europäischen Union und des Bundes für faire Wettbewerbsbedingungen („level playing field“) für die niedersächsische Landwirtschaft im internationalen Agrarhandel einzutreten, indem
- a) wichtige Rechtsbereiche europaweit möglichst einheitlich geregelt werden,
 - b) auf nationale Alleingänge verzichtet und europäisches Recht stets eins zu eins umgesetzt wird,
 - c) internationale Handelsabkommen den höheren Produktionsstandards in der Europäischen Union angemessen Rechnung tragen und möglichst gleiche Rahmenbedingungen in den beteiligten Ländern bzw. Wirtschaftsräumen im Hinblick auf Umwelt-, Tierschutz und soziale Standards gewährleisten,
6. sich auf Ebene der Europäischen Union und des Bundes dafür einzusetzen, dass gegenüber Wettbewerbern aus Drittstaaten gegebenenfalls bestehende höhere Anforderungen an die heimische Landwirtschaft in den Bereichen Umwelt-, Klima- und Tierschutz, die in den Weltmarktpreisen nicht honoriert werden, zur Sicherung der heimischen Produktion angemessen kompensiert werden,
7. für eine Weiterentwicklung und finanzielle Ausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit nach 2027 einzutreten, die dem Ziel der Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln aus heimischer Erzeugung gerecht wird,
8. Innovationen als Chance zu betrachten und in diesem Zusammenhang u. a.
- a) die Verbreitung von Smart Farming- und Smart Livestock-Farming-Technologien in Niedersachsen zu unterstützen, um ihre Potenziale für eine Steigerung der Produktion, höhere Effizienz sowie mehr ökologische Nachhaltigkeit, Tierwohl und Klimaschutz nutzbar zu machen,
 - b) moderne Züchtungsmethoden zu unterstützen, um die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern, ihre Erträge im Klimawandel abzusichern sowie die Einsparung von Wasser, Pflanzenschutz- und Düngemitteln zu ermöglichen,
 - c) für die Anpassung ordnungsrechtlicher Regelungen einzutreten, soweit diese der Technologie- und Innovationsoffenheit im Bereich der Landwirtschaft im Wege stehen, ohne mit neuen Technologien gegebenenfalls verbundene Risiken aus den Augen zu verlieren,
 - d) Blockaden in Zulassungs- und Genehmigungsverfahren zu lösen,
 - e) die Arbeit der niedersächsischen Agrarverwaltung hinsichtlich ihrer Arbeitsabläufe und technischen Ausstattung grundlegend zu modernisieren,
9. alle Verwendungen von landwirtschaftlichen Flächen für andere Zwecke als die Produktion von Agrarerzeugnissen sorgfältig auf gegebenenfalls verfügbare Alternativen zu überprüfen,

10. den Niedersächsischen Weg konsequent als Richtschnur zu betrachten und Antworten auf die Zukunftsfragen der Landwirtschaft gemeinsam mit der Branche und nicht gegen sie zu suchen.

Begründung

Die aufgrund der Inflation der vergangenen Jahre weiterhin sehr hohen Lebensmittelpreise bereiten vielen Menschen Sorgen und stellen große Teile der Bevölkerung vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Damit sich alle Bevölkerungsgruppen ausgewogen ernähren können, muss das Angebot an bezahlbaren Lebensmitteln dringend steigen. Den Schlüssel dazu stellen die Stabilisierung und, wenn möglich, die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion auch und gerade am ackerbaulichen Gunst- und herausragenden Veredlungsstandort Niedersachsen dar. Die dazu erforderlichen Weichenstellungen müssen auf Ebene des Landes, vor allem aber des Bundes und der Europäischen Union gestellt werden. Für die damit einhergehende Neuausrichtung muss sich das Agrarland Nr. 1 fortgesetzt stark machen und selbst auch in diesem Sinne handeln. Der wichtigste Schritt ist ein klares Bekenntnis zur landwirtschaftlichen Produktion in Niedersachsen - ohne Wenn und Aber.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin